

# Wöchentliche Anzeiger

## für Teuchern und Umgegend



Anzeigenpreis: Die fünfgehaltene Korrespondenz 20, Bekleidungs 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitschriften 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Bretteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,80 RM. von unjeren Boten ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Bretteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitschriften 10, auch von unjeren Boten und allen Botenstellen angenommen.

### Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 62.

Dienstag, den 27. Mai 1919.

58. Jahrgang.

#### Die deutsche Antwort fertig!

Am Freitag fanden in Spa in Hotel der deutschen Botschaftsdelegation die Besprechungen zwischen den entsandten Kabinettsmitgliedern unter Führung des Ministerpräsidenten und der deutschen Delegation aus Versailles statt. In voller Übereinstimmung wurde der Wortlaut der deutschen Gegenentwürfe festgestellt. Derselbe wird einem Entwurf von ungefähr 30 Schlußsätzen lauten. Am Freitag abend fand die Minister mit Ausnahme Demburgs und die Delegation mit Ausnahme der Finanz-Delegierten wieder nach Berlin und Versailles zurück. Die Einzelheiten der finanziellen Vorschläge wurden am Sonntag vom Reichsminister Demburg mit den Versailles-Delegierten in Spa zum endgültigen Abschluß gelangt. Einzelne Gegenstände, die sich nicht in einzelnen Punkten behandeln lassen, wie z. B. die wichtige territoriale Frage, über die man ohne gleichzeitige Behandlung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nicht sprechen kann, sind in einer größeren Denkschrift als einzellicher Komplex behandelt. Zugrunde lag für der Reichsminister, auf dem sich nach unserer Auffassung die ganze Friedensarbeit aufbauen soll. Dann aber wurde, unter Anerkennung der beiderseitigen Bedürfnisse, den Vorschlägen zwischen den Beteiligten, die Deutschland auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet völlig niederdrücken müßten, und denen, die ihm laufende Schwierigkeiten zu bereiten berufen sind, zu überwinden.

#### Der Abgabebrief.

Seinen gemeindlichen Präsidenten von der amerikanischen Friedensdelegation hat William Marshall Wallis, der 1918 Generalkonferenzpräsident der Vereinigten Staaten war und Direktor mehrerer Banken ist, einen an Wilson gerichteten, sehr charakteristischen Schreiben mitgeteilt, aus dem wir folgende Stellen wörtlich wiedergeben:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich nun neuer Untersuchungen und Herfindungsarbeiten anzuwenden, ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Angerechte Entschlüsse, wie die von Schantung, Korea, Ungarn, Österreich, Danzig, dem Saarland, und die Weisung wichtiger Freiheiten führen unabweisbar zu den durch den vorliegenden Entwurf geschaffene Völkerbund, der zu einem Los, um diese Kräfte zu verbinden. Die Vereinigten Staaten werden als Partner des Völkerbundes und durch das neue Bündnis mit Frankreich in die Konflikte verwickelt werden. Daher ist es die Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, von denen ihres Volkes und dem der Menschheit die Integrität und die Neutralität der Vereinigten Staaten durch Nichtbeitritt zum Völkerbund und damit ein engeres Zusammengehen mit Frankreich zu verweigern.

Meine Überzeugung geht dahin, daß Sie, wenn Sie den Kampf, anstatt ihn hinter verschlossenen Türen zu kämpfen, offen angehen lassen, die Interessen der Vereinigten Staaten auf der Welt zu vertreten, und diese Sie in die Lage versetzt hätte, allen Völkern zu überreden, mit denen Sie nicht einverleiben gewesen wären. Und so wären Sie in der Lage gewesen, eine neue Weltordnung auf der besten Grundlage allgemeiner gütlicher Grundätze von Recht und Gerechtigkeit, von denen Sie stets zu sprechen pflegten, zu errichten. In Wahrheit kämpften Sie für unseren Untergang, und es ist bedauerlich, daß Sie so wenig Vertrauen in die Millionen hatten, die mit allen Nationen der Welt so dachten wie ich.

Eine folgenreiche Kritik an dem ganzen Verhalten des Präsidenten Wilson während der Friedensverhandlungen, als sie hier von einem seiner hervortragenden Mitarbeiter, dem Präsidenten des Wirtschaftsausschusses bei der amerikanischen Friedensdelegation, geübt wird, läßt sich kaum denken. Wesentlich kommt dieser in jeder Stunde erhobene Appell, der in Deutschland mit größter Genugtuung zu begrüßen ist, nicht zu spät.

#### Englischer Friedensfreund.

Die englischen Wälder veröffentlichten ein Manifest des Nationalen Friedensrates, in dem der Friedensvertrag verworfen wird, weil er dem republikanischen und revolutionären Deutschland eine Behandlung zuteil werden läßt, wie sie einem militärischen Völkerbundes-Deutschland gegenüber nicht schicklich wäre sein können.

#### Neue Notizen.

##### Deutsche Note über das Privatigentum.

In einer vom Grafen Brodorff-Mannau überreichten Note über das Privatigentum wird erklärt, daß die im Friedensentwurf der Entente enthaltenen Bestimmungen über das Privatigentum grundsätzlich unannehmbar erscheinen, da sie mit den elementarsten Gedanken eines Rechtsstaates nach verschiedenen Richtungen hin in Widerspruch stehen. Die Note wendet sich gegen den völlig einseitigen Plan der Entente, das deutsche Privatigentum im Auslande zur

Qualung der Kriegeszeiten heranzuziehen. Auch hier lasse der Entwurf der Entente wieder vollständig die Gleichberechtigung und die Gegenseitigkeit vermissen.

##### Deutsche Note über das Arbeiterrecht.

Die von Graf Brodorff-Mannau an Clemenceau als Vorsitzenden der feindlichen Friedensdelegation gerichtete Note über das Arbeiterrecht und die Wirtlichung der Arbeiterorganisationen bei den Friedensverhandlungen beschäftigt sich ausführlich und erneut mit der internationalen Arbeitergesetzgebung und verlangt abwärts die sofortige Einberufung einer Konferenz der Vertreter der Arbeitergewerkschaften aller Länder nach während der Friedensverhandlungen, da die von der Entente eingeleitete Konferenz in Washington nicht geeignet erscheint, die Interessen der Arbeiter gegenüber dem internationalen Kapitalismus ausreichen zu vertreten. Sollte dieser Antrag wiederum abgelehnt werden, so sei mindestens eine Aeußerung der Führer der Gewerkschaften aller Länder erforderlich. Anders die deutsche Delegation dies in zweiter Linie beantragt, will sie herbeiführen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages, welche auf die Arbeiter Bezug haben, auch die Billigung der gesamten Gewerkschaftsorganisationen besitzen.

Die ablehnende Antwort auf unsere Kriegesgefangenenote wird, wie von ausländischer Seite verlautet, von uns beantwortet werden. Die Geltung der Forderungen in dieser, das ganze Volk empfindenden Frage ist um so dringender, als wir die feindlichen Geiseln ohne Rücksicht auf noch zu erfolgende Strafverbüßung freizulassen und unerseits viel Grund besitzen, über schlechte Behandlung unserer Kriegsgefangenen in feindlicher Hand Klage zu führen.

##### Clemenceau über den Völkerbund.

In seiner Antwort auf unsere Völkerbundsnote bespricht Clemenceau natürlich den Ententeplan für praktischer als die deutschen Vorschläge. Insbesondere bedingt er bei der Einrichtung eines Bureaus für getrennte internationale Vermittlung die von uns vorgeschlagenen Vermittlerorganisationen, weil sie keine genügende Autorität besitzen würden. Die Vorschläge bezüglich des feindlichen internationalen Gerichtshofes würden eingehender geprüft werden. Die obligatorische Schlichtung sei zur Zeit nicht zu verwirklichen. Entgegenkommende Prüfung wird bezüglich der Transitz und Verkehrsfreiheit und der kommerziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern in Aussicht gestellt; die Verpflichtung des gegen die Völkerbundsbestimmungen handelnden Staates ausdrücklich festzusetzen, wird als überflüssig bezeichnet.

Die Begründung nimmt der Entente-Vorschlag die deutsche Regierung der Entente-Vorschlag, die sie der Welt vorlebe. „Er ist jedoch der Ansicht, daß der auf die gegen den Welt verstoßenden Staaten ausgeübte selbständige wirtschaftliche Druck, welcher im Mittel des besagten Kaltes vorgehen ist, und welcher gegenwärtig ein internationaler militärischer oder ökonomischer Aktion würde, schneller und wirksamer sein muß, als die in dem Entwurf der deutschen Regierung enthaltenen Vorschläge.“

##### Nachzusehende Antwort auf die deutsche Wirtschaftsnote.

Die Beantwortung der deutschen Note über die wirtschaftlichen Bestimmungen zeigt dieselbe Methode wie die der anderen Antworten der Entente. Sie besteht darin, alle Einwendungen, die die deutsche Delegation gegen die unehrlichen Bedingungen der Entente macht, mit hochmütiger Überlegenheit zurückzuweisen und zu behaupten, daß alle kritischen Fragen in dem Clemenceauschen Entwurf in der direkten und einfachen Weise gelöst seien. Auch der ständige Hinweis auf die von Deutschland selbst zugehenden Schuld an dem Krieges ist nicht ohne Zweck. Die Entente hat eine feste Linie, wenn Clemenceau z. B. behauptet, die deutsche Behauptung, wir könnten nicht 67 Millionen Einwohner ernähren, wenn der Vertrag in Kraft trete, sei falsch, denn man werde ihm ja 6 Millionen Einwohner abnehmen, oder wenn er sagt, Deutschland verweigere bei seiner Klage über den Raub der Handelswaren, daß ihm in der ganzen Schiffahrt kein Feindes-Tonnage (100.000 Tonnage) überlassen. Oder wenn er versichert, sein Paragraf des Vertrages verbiete Deutschland, seine Kartoffeln und sein Getreide nach wie vor aus Ost- und Westpreußen zu beziehen. Er vergißt hierbei nur, daß wir diese wichtigsten Lebensmittel dann an das Ausland beziehen müssen.

Dieselben Argumente wiederholt Clemenceau in seiner Antwort für die Kohlenfrage. Derselbe sehr ernste Problem, wie das der Einfuhr von Nahrungsmitteln, zu der der Vertrag uns zwingen würde, werden mit leichter Handbewegung beiseite geschoben, andere als leichtfertige Behauptungen bezeichnet, denen die Alliierten keinen Glauben schenken. Den Gipfel zynischer Bosheit erreicht er aber, wenn er sagt: „Die deutschen Notizen behaupten leichtfertig, daß die Friedensbedingungen langfristig den Tod vieler Millionen Deutscher zur Folge haben müßten, außer denen, die im Kriege Helden

were die man als Opfer der Misere hinlöst. Man könnte den durch Deutschland erlittenen Verlusten sehr richtig die viel beträchtlicheren Verluste gegenüberstellen, die die Alliierten durch den deutschen Zugriff und die unaufrichtigen Spuren in der münchlichen Bevölkerung Europas hinterlassen haben.“

##### Clemenceaus Weigerung.

Clemenceau hat Raoul Prier, dem Präsidenten der Budgetkommission der französischen Kammer, auf dessen Vorschlag um Herabsetzung des Preises des Friedensvertrages, geantwortet: „Es gibt keinen Friedensvertrag und kann keinen geben, solange der den Deutschen unterbreitete Entwurf von ihnen nicht unterzeichnet worden ist. Zurzeit nehmen die Verhandlungen ihren Fortgang. Der Standpunkt der französischen Regierung sei der aller allertentesten und allseitigsten Begleuten, nämlich der in Frage kommenden Parlamenten keinerlei Mitteilung von dem Text des Entwurfes, wie er zurzeit besteht, zu machen.“

#### Preussische Landesversammlung.

Die am Freitag abgehaltene Sitzung der preussischen Landesversammlung ist dadurch bedeutsam, daß der Minister des Innern, Heine, die Verleumdungsversuche der Deutschhansüberwinder an die Entente, wie bereits berichtet, mit der gebotenen Schärfe zurückwies. Die heftige Aktion ist ein höchst belagertes Zeichen nationaler Abzühllosigkeit von gefährlicher Art. Von dem erledigten Antrage betraf eine des Abg. Niederr (Str.) die schreckliche Vernehmung der Zivilisten in Obereschleien. Der Minister des Innern verweist bei Beantwortung dieser Anfrage auf den Einfluß der polnischen Vernehmung in Obereschleien, durch welche dort die öffentlichen Sicherheitsverhältnisse sehr unruhig geworden sind. Deshalb seien in letzter Zeit die Truppen in Obereschleien vermehrt worden und ihr enghes Auftreten habe bereits zur Greifung von Zivilisten durch die Verbotskommissionen und die Regierung beabsichtigt, ganz allgemein, eine Reorganisation und Vernehmung der Gendarmerie und die Bildung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Verbrechertums.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Vorlage, die die Genehmigung der Rotenordnung über die Verlagerung der Amtsbeamten der Verbotskommissionen nachschickt, dem Ausschuß für Handel und Gewerbe und mehrere Anträge betr. Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre und Rentenerniedriger zu eingehender Beratung dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen. Ein Antrag Dr. Frieberg (Dem.) auf Klärung der Schulden und anderer öffentlicher Verbindlichkeiten wurde nach kurzer Ausprache angenommen.

Es folgte die erste Beratung des Gegenentwurfs über die Aufhebung der Wirtschaftsausschüsse. Kultusminister Saenisch empfahl die Vorlagen. Vor allem sei eine Herababridung des Lehrplanbeschlusses gewesen, daß er durch Nichtschulleute beauftragt wurde.

Abg. Baumeister (Soz.) begrüßte die Vorlage im Namen der Volkshilfsleiter, die von einer unermesslichen Fehlführung befreit werden muß.

Der Abg. Czerlich (Str.) bezeichnete es für die Zustimmung des Zentrums zu dem Gegenentwurf als unerlässliche Voraussetzung, daß der Einfluß der Kirche auf die Erziehung der Jugend durchaus sichergestellt werden muß. Die Zentrumspartei habe sich nicht auf die Erziehung der Jugend durchaus sichergestellt.

Nummehr wurde die Beratung auf Dienstag vertagt.

##### Der Gipfel polnischer Unversöhnlichkeit.

Der oberste polnische Volksrat in Polen hat einen Aufruf an die deutschen Bürger erlassen, der erklärt, daß die polnische Republik im engsten Bündnis mit der Entente sich gegen jedes Verbot des Friedensvertrages gestellt hat. Jeder Akt des Widerstandes, auch in den noch nicht bestetzten Gebieten, teile werden nach Kriegesrecht bestraft und lebermann mit seiner Person, Gut und Leben für die Nichtunterwerfung unter die Bedingungen der Friedenskonferenz verurteilt. Der polnische Volksrat in Polen hat es, preussischen Staatsbürgern in österreichisch und staatsrechtlich zu Preußen gehörigen Bandstellen Strafen, sogar Todesstrafen, für den Fall anzudrohen, daß sie den Gesetzen und Befehlen ihrer Regierung Folge leisten.

Der Bergbau- und Eisenwerksrat gegen die Palz. Im bayerischen Landtag zu Bamberg schiedere Ministerpräsident Hoffmann die Kommissions in der Palz. Die vier Führer der 21. Bundemänner Herrsch, welche die selbständige Republik Palz anzuerkennen und nicht haben, dann von den deutschen Gerichtsbehörden

verwartet und auf Veranlassung der französischen Wochenspiegel freigelegt worden sind, sind der Wahsungsmitteilender Dr. Saab, der Abirigen Rabener, der Holzhandler Ferdinand Schenk, der Metzger Müller und der Zehnpfänder Hofner. Es ist der Beweis erbracht, daß die französischen Behörden hinter diesem Buchvertrieb gestanden haben. Sie haben nach der Freilassung der Verhafteten den Staatsanwalt, den Amtsrichter und den Gefängnisdirektor von Landau festgenommen und den Hochberrichter von Landau, Geheimrat Masha, über den Mord in abgelehnt. Die Richter rechnen damit, den bis ins Einzelne vorbereiteten Buch mit Hilfe der französischen Botschaft durchzuführen. In die Schilderung der Vorgänge knüpfte der Ministerpräsident die Bemerkung, daß es wie überall so auch in der Pfalz Lumpen gibt, die das Vaterland verkaufen und verraten. Gegen die Bergbewältigung der Pfalz und der Beamten der Regierung durch die Franzosen legte die bayerische Regierung in Spaaschafften Protest ein. Der lapidare Befehl und den treuen Beamten stellen sie Dank aus, den Beamten an Volk und Land Verachtung. Handlungspräsident Schmidt brachte hierauf zum Ausdruck, daß der Standtag die Auffassung der Staatsregierung einmütig teilt.

**Auflösung polnischer Kriegervereine.** Namentlich im Rheinlän Bezirke hatte die Neugründung von Kriegervereinen erfolgreich zur Errichtung einer polnischen Wehrmacht überhand genommen. Zur Bekämpfung dieser Erscheinung hat nunmehr das Reichsvertretende Generalkommando in Breslau in Verbindung mit dem Staatskommissar für Oberpommern die Auflösung der bestehenden polnischen Kriegervereine und das Verbot der Neugründung solcher Vereine verfügt. Ebenso ist von denselben Stellen eine neue Verfügung erlassen, die gefährliche Presseartikel gegen den Grenzschutz verbietet.

**Berlin, 24. Mai.** Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht, daß ein deutscher Kurier aus Versailles zurückgekehrt sei, weil er ein Paket mit diplomatischen Papieren verpackt habe, wird von zuständigen Stellen in vollem Umfang als unzutreffend bezeichnet.

**Wiedereröffnung der Spandauer Hoerzwerkstätten.**

**Berlin, 24. Mai.** Seit gestern sind die Spandauer Hoerzwerkstätten eröffnet. Die Werke sollen im vollen Sinne des Wortes sozialisiert und ganz auf sich gestellt werden. Der Betrieb soll sich also vollkommen von der bürokratischen Verwaltung vorgelegter Behörden los und arbeitet selbständig nur nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit. Es werden nur soviel Arbeiter beschäftigt, wie notwendig sind, um die eingehenden Aufträge auszuführen. Unter allen Umständen soll vermieden werden, daß die Werke nach irgendwelche Zufälle erfordern. Um den Arbeitern Lohn zu zahlen, daß unzulängliche Vorkorderungen und passive Resistenz in den Betrieben das Gelingen der Werke in Frage stellen, ist den Arbeitern nicht nur Einfluß in die Produktion ermöglicht, sondern vielmehr ihre Mitarbeit bei der Leitung der Geschäfte ermöglicht worden. In den Betrieben wird lediglich Arbeit verrichtet. Die eintretenden Arbeiter haben sich verpflichtet, aus Hoerzfabrik herzustellen. Im Augenblick haben die Spandauer Werke die Herstellung von Eisenbahnmaterial, Schrauben, Armau, künstlichen Gliedmaßen usw. übernommen. Interessant ist auch, daß bei der Privatindustrie geschieht.

### Generalstreik gegen den Gewaltfrieden.

**Berlin, 26. Mai.** In einer großen sozialistischen Kundgebung in Mailand verurteilte Ferrati wie dem „Bormatt“ berichtet wird, den 24stündigen Generalstreik der Sozialisten aller Länder als Protest gegen den von der Entente Deutschland angedrohten Gewaltfrieden.

**Paris, 25. Mai.** (Diplomatischer Lagebericht.) Der Vizepräsident am Sonntag vormittag die Bestimmungen des Vertrages mit Österreich und beschloß die richtungslos, die wirtschafliche und die räumliche Delegation über die finanziellen Bestimmungen auszuheben, die in den Vertrag mit Österreich aufgenommen werden sollen.

Am Sonntag nachmittag prüfte der Vizepräsident die beiden Noten des Grafen Namias über das Georgien und beschloß, dieselben in einer einzigen Note zu beantworten. Die grundlegenden Bestimmungen des ursprünglichen Vertragszuges sollen nicht geändert werden, es wird nur ein Paragraf eingefügt werden, über den eventuellen Rückfall des Gebietes durch Deutschland nach 15 Jahren.

**Berlin, 26. Mai.** Petershof, daß nur 21 Kilometer von Petersburg entfernt liegt, soll von einer aus russischen Freiwilligen zusammengesetzte Truppe unter Leitung englischer Schiffe eingenommen worden sein.

**Berlin, 26. Mai.** Der bairische sozialistische Landespartei in Nürnberg stimmte gestern mit 217 gegen 41 Stimmen dem Antrag des Ministeriums Hofmann auf Bildung eines Koalitionsministeriums zu.

### Provinz und Nachbarstaaten.

**Keine untere Grenze der Vermögensaufstellung.** Die unter Veranlassung auf eine Anhebung des Reichsfinanzministeriums verbreitete Meldung, daß bei Vermögen bis zu 10 000 Mark auf die Ausfüllung des Vermögensverzeichnis verzichtet werden kann, darf nicht etwa dahin verstanden werden, daß alle Personen, die weniger als 10 000 M. Vermögen besitzen, ein Verzeichnis des Vermögens nicht aufzustellen hätten. Die Meldung soll lediglich betonen, daß die Benutzung des Formulars entsochlich erhebt, und vermieden werden möchte, wenn es sich um die Auffstellung von Vermögen bis zum Betrage von 10 000 Mark handelt. Das Reichsfinanzministerium bietet, nach der „H. Ztg.“, nochmals zur Kenntnis zu nehmen, daß eine untere Grenze nicht gezogen ist und daß die Steuerpflichtigen ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens zur Auffstellung des Vermögensverzeichnis verpflichtet sind. Die Auffstellung, bei der der Stand des Vermögens am 31. Dezember 1918 zum Grunde zu legen ist, hat bis zum 31. Mai d. J. zu erfolgen. Von diesem Zeitpunkt an sind die Vermögensverzeichnisse für die Einforderung bereitzuhalten.

**Gege den Gewaltfrieden.** Angehörige aller Stände haben sich am Sonntag nachmittag zu der von der deutschen demokratischen Partei einberufenen Protestversammlung eingefunden. Nach einleitenden Worten des Reichs-Rangensamp bekehrte der Redner, Geheimrat Julius Hall, in längeren Ausführungen den von unten her und nicht-erklärten Friedensvertrag und erging sich in Betrachtungen über die Folgen, die die Annahme desselben in seiner jetzigen Form für Deutschland haben würde. Territoriale Verkleinerung, nationale Demütigung und wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands waren die leitenden Gründe für die schmerzlichen Bedingungen. Wir können nur zwischen zwei Leben wählen: Den Vertrag annehmen, hieß in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ein von der Entente abhängiges Dasein führen und uns und unsere Nachkommen zu recht und schmerzlichen Sorgen der ganzen Welt machen, oder den Vertrag nicht unterzeichnen und die von der Entente geplanten Repressalien nach für kurze Zeit auf uns nehmen. Wir würden aber Zeit gewinnen, und nach den aus den Ententeländern kommenden Nachrichten würden auch die feindlichen Regierungen sich schließlich zu weiteren Verhandlungen bequemen müssen. Die Versammlung gab hierauf ihre einstimmige Zustimmung zu nachstehender Entschließung:

Eine aus allen Teilen der Bevölkerung von Tübingen bezeugte Versammlung erhebt flammenden Protest gegen die auf Ausbeutung des deutschen Volkes gerichteten Friedensbedingungen der Entente. Wenn wir uns der Zukunft für einige Zeiten nicht selbst aufgeben wollen, kann das Urteil gegenüber diesen Bedingungen nur lauten: Unannehmlich! Die Versammlung ersucht die Regierung die Bedingungen unbedingt abzulehnen, wenn es bei den jetzigen Verhandlungen nicht gelingt, den Frieden der Gewalt in einen solchen auf der reinen und unverfälschten Grundlage der 14 Punkte Wilsons umzuwandeln.

Auf Anregung des Versammlungsleiters Rektor Langensamp nahmen die Anwesenden sodann Stellung zu der, besonders auch für unsere Gegend betreffenden Frage der Verteilung preussischer Kreise an ein zu gründendes Großfürstentum. Man hat v. A. bekanntlich auch die Abtrennung der Kreise Weipenfelde und Zeit von Preußen ins Auge gefaßt. Die in längerer Besprechung zum Ausdruck gebrachte Meinung der Versammlung ging allgemein dahin, daß unter den heutigen noch völlig ungeläuterten politischen Verhältnissen und mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile, welche die in Frage kommenden Kreise von Preußen gehabt haben, eine Ablösung von diesem Staate in keiner Weise gerechtfertigt sei. — In dem Schlußwort bedauerte Geheimrat Julius Hall, daß die von der deutschnationalen Partei und unabhängigen Sozialdemokraten in letzter Zeit in erhöhter Weise in Stadt und Land Propaganda getrieben werde. Er halte dieses Vorgehen als vollständig unangebracht. Jeder innerpolitische Streit sei jetzt auszuschalten. Nur festes Zusammenhalten aller Deutschen könne das uns drohende Verhängnis abwenden und der Regierung und unsern Delegationen den Mut zu weiteren Protesten und Verhandlungen geben.

**Lebensmittellagen an Arbeiter.** In letzter Zeit ist sowohl von Arbeitern als auch von Arbeitgebern vielfach darüber lebhaft geflagelt worden, daß die Lebensmittellagen nur an Arbeitgeber, an Arbeiter der Abraum- und Schmelzwerke und an die Schwer- und Schwerindustrie der Eisenbahn, das sind die im Holz- und Holzgerätschaften beschäftigten, ausgegeben werden und nicht auch an die Arbeiter der übrigen Industriezweige. Die Schwer- und Schwerindustrie werden bis Mitte Februar d. J. bekanntlich allen Rüstungsarbeiten zugebilligt. Als Rüstungsarbeiter war fast die gesamte Arbeitererschaft anerkannt. Mit dem Abbau der Rüstungsindustrie sinkt auch auf Grund eines Entschlusses des Reichspräsidiums das Zulagen allgemein wegfallen. Eine Ausnahme, was die nur bei den Bergarbeitern und den Schwer- und Schwerindustrie bei der Eisenbahn gemacht. Er Grund, warum gerade die Arbeiter dieser beiden Vertriebsorte die Lebensmittellagen erhalten, liegt darin, daß die Förderung der Kohle und unser wichtigstes Produktionsmittel, die Eisenbahn, mehr oder weniger unmittelbar zur Erzeugung von Lebensmitteln und damit zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung wesentlich beiträgt. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die im Inlande vorhandenen und unzureichenden, geringen Lebensmittel eine Sonderversorgung aller Arbeiter nicht zulassen. Es ist im Hinblick darauf, daß die Arbeiter aller Industriezweige oft ebenso schwere Arbeit verrichten, als die im Bergbetriebe und bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter, dringend zu wünschen, daß die Sonderzulagen bald allgemein in Wesfall kommen und daß dafür die Grundration aller Versorgungsberechtigten etwas erhöht wird. Jedenfalls sind alle Anträge auf Wiederbilligung neuer Schwerindustriezulagen nach den geltenden Bestimmungen ganz ausgeschlossen.

Die Mittelvervielfachungsgesetze werden am 28. 5. von 8—11 vorm. im Reichs-Rangensamp erörtert. Pünktliche Abhebung erforderlich. Sämtliche müssen unter Umständen Verzögerungen gewärtigen.

**Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.** Die Betriebsräte der Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenrevier in Halle haben beschlossen, eine Abordnung nach Berlin zu Verhandlungen mit dem Reichsarbetsministerium zu entsenden. Damit ist die Gefahr eines neuen Bergarbeiterstreiks zunächst beseitigt, zumal die Regierung bereit zu sein scheint, der Wahl eines Bergarbeiterrats zuzustimmen. Ihr Protest richtet sich nur gegen den alten Bergarbeiterrat, der seine Stellung zu politischer Agitation mißbraucht hätte.

**Eine Erhöhung der Kohlenpreise dürfte in nächster Zeit bevorstehen.** Sie wird durch den kürzlich gemeldeten Aufschlag von 121 Mark auf 10 Tonnen feinsten der Werke und die Erhöhung der Frachtkosten um 60 v. Hdt. unabweisbar.

**Fußballspiel.** Am vergangenen Sonntag spielte auf hiesigem Sportplatz bei prächtigem Wetter die zweite Mannschaft des 3. FC. Ballspielvereins gegen die erste der Sportvereinigungen Tübingen, Sonntag 3. 2 für 3. Das Spiel begann mit Anspiel der Gäste. Arge Zeit ging der Kampf hin und her mit sehr großem Interesse. Der Spieler und Zuschauer bis kurz vor vier das erste Tor für Zeit fiel. Nach Wiederholung spielten die Gäste etwas mehr zufrieden (was man denken auch bei den zufälligen Spielen antanzen kann) und erreichten den Ausgleich, mit dem es in die Halbzeit ging. Nach einer Minute Pause ging es wieder an Werk, mit Anspiel der Tübingener und schon zeigte sich wieder das alte Verhalten — Zufahrenheit. Die Gäste funktionierten bei zum Teil um ein Zahlenmehrwert, eine feine Kombination vor, was bei Sportvereinigungen fehlte. Das Spiel hätte unentschieden enden können, wenn nicht ein Verleider der Hiesigen Hand gemacht hätte, wodurch Zeit das 3. Tor erhielt. Die hiesigen Spieler zeigten zum Teil ganz gute Leistungen. Dem Klub ist anzuraten, die Spieler alle weiter zu spielen zu lassen, da es sich bisher noch nicht beurteilen läßt, was jeder einzelne leistet. Dem Schiedsrichter müssen wir auf den Weg geben, in Zukunft sich nicht beeinflussen zu lassen. Alles gute wünschen wir für die Zukunft dem Klub und Spielern.

Wir werden gebeten, darauf hinzuwirken, daß es durch den Hiesigen öffentlichem Arbeitsnachweis auch für Handwerker leicht gemacht ist, Gehehe nach Schichten zu erziehen. Die von dem Arbeitsnachweisgebende Schichten allwöchentlich zweimal ergehende Stellenliste weist die Arbeitgebenden und freien Stellen innerhalb der Provinz, Sachsen und Anhalt nach. So konnte erst vorige Woche einem Carlternst. ein Gehilfe von auswärts noch angeworben werden, der auch die Stelle angenommen hat.

**Halle, 22. Mai.** Die Bergarbeiter des Mitteldeutschen Braunkohlenreviers stellen am Mittwoch vormittag in Halle eine Bezirkskonferenz ab, an welcher 170 Vertreter teilnehmen und in der Rektor Roesen das Referat einleitete. Die Konferenz beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Auflösung des Bezirksarbeiterrates beim Oberbergamt in Halle. Der Bezirksarbeiterrat in Merseburg hatte versucht, mit dem Oberbergamt über diese Angelegenheit in Verhandlungen zu treten. Oberbergamt verweigert ihm aber an den Minister. Wie die „H. Ztg.“ hört, hat nun die Konferenz beschlossen, daß man sofort vorläufig dem Minister des Reichsarbeitsamts vorstellig werden und die Wiedereinsetzung des Bezirksarbeiterrates fordern müsse. Die zu diesem Zwecke gebildete Kommission hat sich bereits am Donnerstag nach Berlin begeben. Wie zu dieser ganzen Angelegenheit weiter mitgeteilt wird, wurde weiter beschloßen, durch positive Resolven einen mittelbaren Druck auf die maßgebenden Stellen auszuüben. Tatsächlich wird berichtet, daß in verschiedenen Berirken im Braunkohlenrevier dieser passiver Widerstand bereits eingeleitet ist. So ist im Oberbergräber Bezirk und im „Brenner (Geisfeld) die Förderungslieferung bereits auf die Hälfte gefallen. Für verschiedene Fabriken in der Nachbarschaft verpicht diese Art d. S. mittelbaren Druck in kürzester Zeit sehr schwierig zu werden. — Auch die Städte der weiteren Umgebung würden darunter leiden müssen.

**Wurt, 23. Mai.** Nachdem Eintagegegnenständen mit 20 und 25 Mark das Stück verkauft worden sind, hat die Behörde des Landkreises Erfurt den Höchstpreis für Gint gestiftet auf 5 Mark und für Bierwogenständen auf 10 Mark festgesetzt.

**Ein großer Schuhwarendiebstahl** ist in der Nacht zu Sonnabend in Weipenfelde verübt worden. Es sind von bisher unbekanntem Dieben aus einer Schuhwarenfabrik ca. 6000 Paar Schuhe im Werte von annähernd 300 000 M. gestohlen worden. Zum Abtransport des gestohlenen Gutes müssen mehrere Wagen benutzt worden sein. Die Spur geht in die Richtung von Merseburg. Angaben, die zur Ermittlung der Diebe führen können, sind der Polizeiverwaltung erkrankt.

**Mordfall, 23. Mai.** Der Mordprozeß gegen den Landwirt Kurt Lippach aus Schmiedebauhen wegen Ermordung seiner beiden Frauen im Alter von 25 und 27 Jahren und gegen den Verleumdungsinspektor Otto Fischer aus Apolda wegen Anstiftung zum Mord, wurde heute vor dem Schwurgericht zu Ende geführt. Der Staatsanwalt beantragte, bezüglich des Mords a. an der ersten Frau die Frage Rührigkeit zu bejahen. Was den Tod der zweiten Frau anbetreffe, sei er der Überzeugung, daß ein ganz gemeiner Mordwahn vorliege. Während der Ausführungen des Staatsanwalts und der Rede des Verteidigers ist der Angeklagte sichtlich zusammengebrochen; er schrie die Schuld an seinem verstorbenen Leben hauptsächlich der fälschlichen Ehegung zu. Die Geschwornen bejahten die Schuldfrage auf Mord in zwei Fällen; bei Fischer wurde die Schuldfrage verneint. Das Urteil des Reichsoberhofes lautete: Lippach wegen Mordes in zwei Fällen und der Angeklagte in einem Todes verurteilt, wegen Verleumdung zum Meidewort und auf zwei Jahre Gefängnis erkannt; außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt. — Der Angeklagte Fischer wurde freigesprochen. — Ein weiterer Mordprozeß wird das gegenwärtige Schwurgericht noch beschäftigen; und zwar handelt es sich um den Arbeiter Gort aus Saalfeld, der vor einigen Tag in seine Ehefrau und ihren kleinen Kind erschossen hat. Gort hat die Tat bereits eingestanden.

**Bitten, 23. Mai.** Zu wählten Szenen kam es auf dem hiesigen Jahrmarkt. Ein Karussell, das für 100 Personen Platz bietet, war zuweilen von ungefähr 300 Personen besetzt. Infolgedessen bewegte ein einem Wagen bei Zusammenstoß der Wagen führte ab, etwa 40 Personen mit sich reisend. Die meisten kamen mit leichten Verletzungen und verletzten Gliedern davon, nur einige erlitten ernsthafte Verwundungen. An einem Kindes aufst. brachen ebenfalls infolge der Überlastung ein Paar Stangen, doch ging es hier ohne Unfall ab.

**Das Jahnhans in Freyburg a. U.,** das am 1. Oktober d. J. in den Besitz der Deutschen Zinnergesellschaft überging, soll von dieser verpachtet werden und die in ihm betriebene Wirtschaft weitergeführt werden, bis endgültig Entscheidung



# Lichtspiele Weiße Wand Leuchern

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag,  
den 27., 28. und 29., Mai cr.

Das große Filmwerk

## Im Zeichen der Schuld.

(Aus dem Leben eines Vorbestraften)

Tendenzbild in 5 Akten.

Tendenzbild in 5 Akten.

In den Hauptrollen Bruno Decarli, Leontine Kühnberg.

Extra für Leuchern angeworben.

Genannter Film lief vor ca. 14 Tagen 5 Tage mit großem Erfolg in Weiskensels.  
Erhöhte Preise. 1. Platz Mk. 1,20. 2. Platz Mk. 1. 3. Platz Mk. 0,80.

Nur durch gewaltige Anschaffungskosten ist es mir gelungen, dieses Werk für Leuchern zu sichern, darum laßt die Bitte dieses Filmwerkes nicht ungeführt an Eurem gesunden Menschenverstand vorübergehen:

Seid barmherzig mit denen, die einmal fehlten. Laßt ihre Bitte um Wiederaufnahme in Eure Gemeinschaft nicht ungeführt und sie werden sich Eurer verzeihenden Menschenliebe würdig erweisen. Wäge das Publikum selbst urteilen.

Ferner: Das entzückende Lustspiel

## Die Mausfalle.

Ein lustiges Spiel in 3 Akten.

Um gütigen Zuspruch bittet

Walter Hühn.



Vereinigter  
Turnverein  
E. V. D. T.

### Monatsversammlung

Dienstag, den 27. Mai  
9 Uhr im Rats Keller.

1. Besprechung wegen Spielfest Weiskensels.
2. Anschlag der Spiilvereinigung.
3. Turn r einen Abteilung.
4. Verschiedenes.

Der Turnrat.

Die Volkstüche sucht eine Frau oder ein Mädchen fürs Kochen zum 1. Juni.

Anmeldungen in der Oberparre vormittags.

Einem Geschirrführer welcher alle landwirtschaftlichen Arbeiten zu verrichten verbleibt, stellt ein Landmann, Rumbel.

Pa. Reissstärke  
Borax, Plättstärke

empfehlen

Paul Gahr, Weiskensels a. S.  
Gr. Burgstr. 6.

Ein großer Kasten

10 Kilo Holz Kästen  
sowie große Pappkartons,  
noch we neu, zu verkaufen.  
Oskar Gähler.

Krauschwitz

Einladung zum

### Vogelschießen

Donnerstag den 29. Mai  
(Himmelfahrt) und  
Sonntag den 1. Juni.

Um gütigen Besuch bitten  
Der Schützenverein.  
G. Dohrer, Gastwirt.

Schützenfalon.

W. Billes Theater.

Dienstag, den 27. Mai  
wird aufgeführt:

Neu! Der Spion Neu!

oder:

Im letzten Augenblick.

Schauspiel in 5 Akten.  
Anfang 7/9 Uhr.

Es ladet sich ein W. Bille.

1 neuwehende

### Siege

zu kaufen gesucht.  
Dammstr. 10.

Der diesjährige  
**Kirschenanhang**

dießiger Gemeinde soll  
Sonnabend, den 31. Mai nachmittags 4 Uhr  
im „Gasthof zur Zisterndenk“ öffentlich meistbietend verpackt werden.  
St. 8 h u l u, den 24. Mai 1919.

Der Gemeindevorsteher.



Ein Posten  
Lämmer

steht von Montag an zum Verkauf.

Ernst Pojer, Stößen.

Ein Paar neue halbe  
Samt-Schuhe

(Nr. 38) zu verkaufen.  
Bahnstr. 16a

Religionsbücher,  
Rochenbücher

(S. 1-4-8)

Mittelstufen,  
Oberstufen,  
Zeichenblocks

Raumlehrebücher,  
zu haben bei

Otto Lieferenz.

Wer noch Obst-  
bäume umprop-  
fen lassen will, Edel-  
reißer, von bestem  
Zaßelforten sind noch  
vorhanden.  
Auch werden ältere  
Bäume mit besten  
Ergolg umveredelt von  
Dewald Hort, Stößen.

Gasthof zum Löwen.

Donnerstag 29. Mai (Himmelfahrt)

großer

### Wohltätigkeitsabend

für die Armen der Stadt Leuchern.

Vonstaltet vom Vergnügungsverein „Fidelio“.

Näheres siehe Anschlagzettel.

Von der Stadt wurde mir zum Verkauf überwiesen:

frischer braunschweigischer Spargel  
erste Sorte das Pfund 1,70 Mk.

Suppenspargel  
das Pfund 1,25 Mk.  
Ferdinand Grefse.

Von heute, Montag den 26. d. Mts. ab, steht  
wieder ein großer Transport

Bremer Ferkel und  
Läuferf Schweine

bei mir zum Verkauf.

Gustav Schnellhardt, Weiskensels

Katharinenstr. 24.

Fernspr. 371.

Veranstaltung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Leuchern.

Für die Liebe und Teil-  
nahme beim Begräbnis meiner  
guten Frau, unsrer treusor-  
genden Mutter, sage ich allen  
für den reichen Blumenschmuck,  
sowie Unterstützung meinen  
herzlichsten Dank. Dank auch  
den lieben Trägern, welche  
die Entschlafene zu ihrer  
letzten Ruhestätte trugen.

Der trauernde Gatte

Gustav Quereggässer  
nebst Kindern u. Enkeln.

O, teure Mutter, ruh in Frie-  
den, Du hast vollbracht den  
Erdenlauf, manch heißer Tag  
war Dir beschieden, doch jetzt  
ist nun Dein Tagwerk aus. Du  
hast geschafft für deine Lie-  
ben, vom Morgen bis zum  
Abend spät, doch jetzt legst  
du die Arbeit nieder und  
ruhst in deinem Grabe aus.  
Hab' Dank, hab' Dank, du  
teure Mutter, hab' Dank für  
deine Güte, hier sehen wir  
uns nimmer wieder, doch dort  
in jener Herrlichkeit.

Gewidmet von ihren Kindern.

# Deutscher Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die fünfzehntägige Kopierzeit 20, Restzahlung 30 Pf.

Abnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitungstrage 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Spätere und sonntägliche Abnahmen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,80 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Beitrag für die Redaktion und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungstrage 10, auch von unseren Boten und allen Botenstationen angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 62.

Dienstag, den 27. Mai 1919.

58. Jahrgang.

## Die deutsche Antwort fertig!

Am Freitag fanden in Spa in Belgien die deutschen Wehrmachtsoffiziere die Besprechungen zwischen den entlassenen Kadettenführern unter Führung des Ministerpräsidenten und der deutschen Delegation aus Versailles statt. In voller Uebereinstimmung wurde der Wortlaut der deutschen Gegenentwürfe festgestellt. Derselbe wird einen Umfang von ungefähr 80 Schreibräumen haben. Freitag abend sind die Wehrmachtsoffiziere dem Reichstag und die Delegation mit Ausnahme der Finanzdelegierten wieder nach Berlin und Versailles zurückgekehrt. Die Einzelheiten der finanziellen Vor schläge wurden am Sonnabend vom Reichsminister Verburg mit den Versailles Delegierten in Spa zum endgültigen Beschluß gebracht.

Einzelne Gegenstände, die sich nicht in einzelnen Notizen behandeln lassen, wie z. B. die wichtige territoriale Frage, über die man ohne gleichzeitige Behandlung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nicht sprechen kann, sind in einer größeren Denkschrift als einbezüglicher Komplex behandelt. In gründe lag ihr der Bedenken, auf dem sich nach unserer Auffassung die ganze Friedensarbeit aufbauen soll. Dann aber wurde versucht, unter Anerkennung der bedauerlichen Bedenken, den Zielpatz zwischen den Bedingungen, die Deutschland auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet völlig niederdrücken müßten, und denen, die ihm laufende Schwierigkeiten zu bereinigen berufen sind, zu überbrücken.

## Der Abfragebrief.

Seinen gemeldeten Rücktritt von der amerikanischen Friedensdelegation hat William Marshall Bullitt, der 1915 Generalkonsul von den Vereinigten Staaten war und Direktor mehrerer Banken ist, in einem an Wilson gerichteten, sehr charakteristischen Schreiben mitgeteilt, aus dem wir folgende Stellen wörtlich wieder geben:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich nunmehr dazu entschlossen, die lebenden Welter der neuen Unterordnungen und Befriedigungsangelegenheiten, ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Angerechte Entschlüsse, wie die von Schantung, Tsool, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, dem Saarbecken, und die Freilassung wichtiger Inseln führen unweigerlich zu dem durch den vorliegenden Entwurf geschaffenen Völkerbund, der viel zu groß ist, um diese Kriege zu verhindern. Die Vereinigten Staaten werden als Partner des Völkerbundes und durch das neue Einverständnis mit Frankreich in diese Konflikte verwickelt werden. Daher ist es die Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, zum Besten ihres Volkes und dem der Menschheit die Unter schrift und die Ratifikation des ungeschickten Vertrags durch Nichtertritt zu dem Völkerbund und damit ein eingetragenes Zusammengehen mit Frankreich zu verweigern.

Meine Ueberzeugung geht dahin, daß Sie, wenn Sie den Kampf, anstatt ihn hinter verschlossenen Türen zu kämpfen, offen ausgefochten hätten, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten hätte gewinnen können und diese Sie in die Lage versetzt hätte, alle Ansinnen zu überlegen, mit denen Sie nicht einverstanden gewesen wären. Und so wären Sie in der Lage gewesen, eine neue Bestimmung auf der besten Grundlage allgemein gültiger Grundzüge von Recht und Gerechtigkeit, von denen Sie stets zu sprechen pflegten, zu erlassen. In Wahrheit kämpften Sie für unsere Untertanen, und es ist bedauerlich, daß Sie so wenig Vertrauen in die Millionen hatten, die bei allen Nationen der Welt so dastehen wie ich.

Eine schlagendere Kritik an dem ganzen Verhalten des Präsidenten Wilson während der Friedensverhandlungen, als sie hier von einem seiner Hervorragendsten Mitarbeiter, dem Präsidenten der Wirtschaftsanstalt für die Vereinigten Staaten, Dr. J. P. Morgan, geäußert wird, läßt sich kaum denken. Dessenfalls kommt hier in letzter Stunde erloschene Appell, der in Deutschland mit größter Genugtuung zu begrüßen ist, nicht zu spät.

## Protokoll englischer Friedensfreunde.

Die englischen Mitglieder des öffentlichen ein Mannes des Nationalen Friedensrats, in dem der Friedensvertrag verhandelt wird, weil er dem republikanischen und revolutionären Deutschland eine Behandlung zuteil werden läßt, wie sie einem zivilisierten Völkerbund gegenüber nicht zulässig wäre hätte sein können.

## Neue Notizen.

### Deutsche Note über das Privateigentum.

In einer von Graf Brodorff-Rangau überreichten Note über das Privateigentum wird erklärt, daß die im Friedensentwurf der Entente enthaltenen Bestimmungen über das Privateigentum grundsätzlich unannehmbar erscheinen, da sie mit den elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens nach beschiedenen Richtungen hin in Widerspruch stehen. Die Note wendet sich gegen den völlig einseitigen Plan der Entente, das deutsche Privateigentum im Auslande zur

Veräußerung der Kriegsgüter heranzuziehen. Auch mit dieser der Entwurf der Entente wieder vollständig die Gleichberechtigung und die Gegenseitigkeit vermissen.

### Deutsche Note über das Arbeiterrecht.

Die von Graf Brodorff-Rangau an Clemenceau als Vorsitzenden der feindlichen Friedensdelegation gerichtete Note über das Arbeiterrecht und die Unterstützung der Arbeiterorganisationen bei den Friedensverhandlungen beschäftigt sich ausführlich und erneut mit der internationalen Arbeiterregulierung und verlangt abernas die sofortige Einberufung einer Konferenz der Vertreter der Arbeitergewerkschaften aller Länder noch während der Friedensverhandlungen, da die von der Entente eingeleitete Konferenz in Washington nicht geeignet erscheint, die Interessen der Arbeiter gegenüber dem internationalen Kapitalismus ausreichend zu vertreten. Sollte dieser Antrag wiederum abgelehnt werden, so sei mindestens eine Neuherausgabe der Forderungen der Arbeitergewerkschaften aller Länder erforderlich. Zudem die deutsche Delegation dies in zweiter Linie beantragt, will sie herbeiführen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages, welche auf die Arbeiter Bezug haben, auch die Billigung der



Entente, jenerlei und unzulässig sein muß, als die in dem Entwurf der deutschen Regierung enthaltenen Vorschläge.

### Abweichende Antwort auf die deutsche Wirtschaftsnote.

Die Beantwortung der deutschen Note über die wirtschaftlichen Bestimmungen, zeigt die gleiche Methode wie die der anderen Antworten der Entente. Sie besteht darin, alle Einwendungen, die die deutsche Delegation gegen die unersättlichen Forderungen der Entente macht, mit hochmütiger Ueberlegenheit zurückzuweisen und zu behaupten, daß alle fruchtigen Fragen in dem Clemenceauschen Entwurf in der direkten und einfachsten Weise gelöst seien. Auch der ständige Hinweis auf die von Deutschland selbst ausgestandene Schuld am Krieges ist nicht. Auch nicht der irrtümliche und ungeschickte Ton, wenn Clemenceau z. B. feststellt, die deutsche Behauptung, wir könnten nicht 67 Millionen Einwohner ernähren, wenn der Vertrag in Kraft trete, sei falsch, denn man werde ihm ja 6 Millionen Einwohner abnehmen, oder wenn er sagt, Deutschland verzeihe bei seiner Lage über den Mangel der Handelsflotte, daß ihm ja der ganze Schiffsraum mit keiner Sonntage (100.000 Tonnem) überhö. Oder wenn er versichert, sein Karograph des Vertrags verleihe Deutschland, seine Karaffeln und sein Getreide nach wie vor aus Ost- und Westpreußen zu beziehen. Er vergißt hierbei nur, daß diese wichtigsten Lebensmittel dann an das Ausland bezogen müssen.

Dieselben Argumente behält Clemenceau in seiner Antwort für die Kolonialfrage. Anders sehr ernste Probleme, wie das der Einführung von Rohstoffen, zu der der Vertrag uns zwingen würde, werden mit leichter Handbewegung beiseite geschoben, andere als leichtfertige Behauptungen bezeichnet, denen die Alliierten keinen Glauben schenken. Den Gipfel zünftiger Bosheit erreicht er aber, wenn er sagt: Die deutschen Notizen beinhalten lediglich die Friedensbedingungen, welche die von 200 Millionen Deutschen zur Folge haben müssen, außer denen, die im Kriege seien

were die man als Opfer der Blockade hinnehmen. Man würde den durch Deutschland erlittenen Verlusten sehr richtig die viel verächtlicheren Verluste gegenüberstellen, die die Alliierten durch den deutschen Angriff und die unaufrichtigen Spuren in der männlichen Bevölkerung Europas hinterlassen haben."

### Clemenceaus Weigerung.

Clemenceau hat Raoul Prieur, dem Präsidenten der Budgetkommission der französischen Kammer, auf dessen Vorschlag eine Ueberlassung des letzten Friedensvertrages, geantwortet: Es gibt keinen Friedensvertrag und kann keinen geben, solange der deutsche Entwurf der Entente nicht unterzeichnet worden ist. Zurzeit nehmen die Verhandlungen ihren Fortgang. Der Standpunkt der französischen Regierung sei der aller alliierten und alliierten Regierungen, nämlich der, den in Frage kommenden Parlamenten keinerlei Mitteilung von dem Text des Entwurfes, wie er zurzeit besteht, zu machen.

## Preussische Landesversammlung.

Die am Freitag abgehaltene Sitzung der preussischen Landesversammlung ist dadurch bedeutsam, daß der Minister des Innern, Heine, die Ueberlegungsberichte der Deutschhannoveraner an die Entente, wie bereits berichtet, mit der gebotenen Schärfe zurückwies. Die welsche Aktion ist ein höchst bedauerliches Zeichen nationaler Disziplinlosigkeit von gefährlicher Art. Von den erledigten Anträgen betraf ein des Abg. Niederr. (Str.) die schredliche Bemerkung der Rheinischen Verbände in Oberloosen. Der Minister des Innern vermahnt bei Verhandlung dieser Angelegenheit auf den Einfluß der politischen Bewegung in Oberloosen, durch welche dort die öffentlichen Sicherheitszustände sehr merklich gemindert worden sind. Deshalb seien in letzter Zeit die Truppen in Oberloosen vermehrt worden und ihr ernstliches Auftreten habe bereits zur Erregung von Teilnehmern von Beobachtungen geführt. Die Regierung beschließt ganz allgemein, eine Reorganisation und Bemerkung der Gendarmerie und die Bildung einer Zentralkommission zur Bekämpfung des Verbrechertums.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Vorlage, die die Genehmigung der Notverordnung über die Verlängerung der Vermögensverwaltung der Reichskammer nachdrücklich, dem Ausschuß für Handel und Gewerbe und mehrere Anträge betr. Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre und Rentennempfänger zu eingehender Beratung dem Staatsratsausschuss auszuweisen. Ein Antrag Dr. Friedberg (Zem.) auf Häufung der Schulden und anderer öffentlicher Gebäude wurde nach kurzer Aussprache angenommen.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Aufhebung der Volksschulaufsicht. Kultusminister Haenigke empfahl die Vorlagen. Vor allem sei eine Herabwürdigung des Lehrstandes gefürchtet, daß er durch Nichtfachleute besetzt würde.

Abg. Baumeister (Soz.) begrüßte die Vorlage im Namen der Volksschullehrer, die von einer unerschütterlichen Befestigung des Volksschulwesens abgesehen, die Volksschule, bezeichnete es für die Zustimmung des Zentrums zu dem Gesetzentwurf als unerlässliche Voraussetzung, daß der Einfluß der Kirche auf die Erziehung der Jugend durchaus sichergestellt werden müßte. Die Zentrumspartei habe sich allerdings auf dem Boden der konfessionellen Schule, wiederum beantragte Verneinung an einen Ausschuß von 27 Mitgliedern.

Annahme wurde die Beratung auf Dienstag vertagt.

### Der Gipfel polnischer Unversöhnlichkeit.

Der oberste polnische Volksrat in Posen hat einen Aufruf an die deutschen Bürger erlassen, der erklärt, daß die polnische Republik im ersten Bündnis mit der Entente die wichtigsten gegen jedes Vorhaben vorgeschrieben, das gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages gerichtet sei. Jeder Akt des Widerstandes, auch in den noch nicht bestellten Gebiets teilen werde nach Kriegesrecht bestraft und jedermann mit seiner Person, Gut und Leben für die Unterordnung unter die Bedingungen der Friedenskonferenzen verantwortlich gemacht werden.

Der polnische Volksrat behandelt also das von Clemenceau selbst als Entwurf bezeichnete Friedensinstrument schon jetzt als bindend für die Bewohner der unbesetzten preussischen Gebietsstelle. Die Verordnungen der Unterordnung wird als ungesetzlich angesehen, und die polnische Weisheit in Posen trägt es preussischen Staatsbürgern in ungesetzlich und staatsrechtlich zu Preußen gehörigen Landesteilen Strafen, sogar Todesstrafen, für den Fall anzudrohen, daß sie den Befehlen und Weisungen ihrer Regierung Folge leisten!

### Der Verwaltungsvertrag gegen die Polen.

Im hiesigen Landtag zu Bamberg schiederte Ministerpräsident Hoffmann die Vorkommnisse in der Provinz. Die vier Führer der 21 Landauer Herren, welche die polnische Republik Posen auszurufen versucht haben, dann von den deutschen Gerichtsbehörden